



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Pettzeile 1,25 Mark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Wochen vom 21. bis 27. März und 28. März bis 3. April 1920 sind die Beitragsmarken in die mit 13 resp. 14 bezeichneten Felder des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Ein Sieg der Arbeiter.

Ihrer Tradition getreu, nach alter Kaudritter Art, haben in der Nacht vom 12. zum 13. März die Edelsten der Nation ein Abenteuer eingeleitet, mit dem sie die Spuren der Revolution und die Herrschaft der Demokratie vernichten wollten, das sie jetzt aber teuer werden bezahlen müssen. Als am Morgen des 13. März der harmlose Bürgermann die Zeitung zur Hand nahm, las er zu seinem größten Entsetzen, daß die Republik wieder einmal in Gefahr ist und eine Anzahl Offiziere des alten Regiments, die infolge des Krieges und der Revolution materiell und ideell Einbuße erlitten haben, die Einsetzung von sogenannten Fachministern forderten, damit die deutsche Wirtschaft sich endlich zum Besten wende. Sie beließen es aber nicht allein bei ihrer Forderung, sondern setzten sich als Männer der Tat sogleich an die Spitze ihrer Söldnerschar, veranlaßten ihre Knechte zum Treubruch und räumten die Ministerien und Regierungsgebäude aus. Die verfassungsmäßige Regierung jagten sie fort, und an ihre Stelle kamen Männer, dem deutschen Volke aus unfehliger Zeit genügend bekannt, Männer blauen Geblüts und edelster Abstammung, die den Berlinern in ihrem ersten „Aufruf zur Ordnung und Freiheit“ bekannt machten, daß sie die hohe Phrase von Frieden, Freiheit und Brot zur Tat machen werden.

Das undankbare deutsche Volk aber und vornehmlich die Arbeiter aller Richtungen und Parteien hatten kein Verständnis für diese große Volschaft. Sie verzichteten auf das große Glück, das ihnen die Männer mit der laugen Ahnenreihe bringen wollten und versagten den mutigen und meineidigen Abenteurern Hilfe und Gefolgschaft. Da die edlen und hochgeborenen Herren es immer als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet haben, andere für sich arbeiten zu lassen, so traf sie der Stoß der Arbeiter mit der Verhängung des Generalstreiks an ihrer empfindlichsten Stelle. Sie waren von vornherein matt gesetzt. Zwar versuchte ein Herr, der sich Reichskanzler nannte, mit den Arbeiterführern in Verbindung zu treten, um zu verhandeln, konnte jedoch keinen Erfolg buchen, da es keinen Arbeiter gab, der ihn den Gefallen tat und ihn anerkennen wollte. Damit hatte eigentlich die Herrschaft der Räuber aus dem Baltikum ihr Ende erreicht. Noch einmal versuchten sie es mit einer Drohung, die Ausdruck fand in folgender

### Verordnung:

Die Rädelstührer, die sich der in der Verordnung zur Sicherung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens unter Strafe gestellten Handlungen schuldig machen, werden ebenso wie die Streikposten mit dem Tode bestraft.

Dieser Ukas war das letzte Lebenszeichen der Kapp-Lüttwiz. Zwei Tage später waren sie verschwunden.

Das Ziel des Generalstreiks war mit dem Sturz der Hochverräter somit erreicht. Die demokratische, von der Mehrheit des Parlaments eingesetzte Regierung, die ihr Domizil nach Dresden verlegt und die Nationalversammlung nach Stuttgart einberufen hatte, konnte ungefährdet durch die entschlossene Haltung der Arbeiter ihre Arbeiten in vollem Umfange wieder aufnehmen. Für die Demokratie, für die Republik hatten die Arbeiter einheitlich und geschlossen Stellung genommen. In musterhafter Disziplin, würdig und ruhig-besonnen brachten sie mit der Flucht der monarchistischen Verschwörer den vollen Erfolg auf ihre Seite. Was also mit Einsetzung des Generalstreiks bezweckt wurde, war gelungen. Mit dem Tage der Erledigung der Militärkamarilla wäre demnach die Aufnahme der Arbeit geboten gewesen. Und doch blieben die Arbeiter im Ausstand, weil sie unbedingte Gewähr von der Regierung für die Wiederholung derartiger Putsch verlangten und sich weitgehenden Einfluß in der Regierung und bei den Verwaltungsstellen sichern mußten. Die alte Regierung hatte in ihrer Politik gegen rechts nicht die Entschlossenheit und Tatkraft gezeigt, die gegen die struppellose Mandcher der Monarchistenclique notwendig war und somit den Ueberfall des deutschen Volkes durch einige verrückt gewordenen Generale selbst verschuldet. Die Regierung hatte drohende Gefahren nicht erkannt, ihnen nicht rechtzeitig vorgebeugt und sich deshalb ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt.

Die Arbeiter verlangten die Umbildung der Regierung, vor allem den Rücktritt von Noske, Heine und Dezer, entscheidenden Einfluß der Arbeitnehmerverbände auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung, Entwaffnung und Bestrafung der am Putsch beteiligten Personen, wirkliche Demokratisierung der Verwaltungen, Sozialisierung des Bergbaus und der Kraftgewinnung, Uebernahme der Kohlen- und Kalisyndikate durch das Reich und andere im Interesse der Demokratie und des deutschen Volkes gelegenen Maßnahmen.

Die Verhandlungen der Regierung und Vertreter der Mehrheitsparteien einerseits mit den Vertretern des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, des deutschen Beamtenbundes und der Berliner Gewerkschaftskommission andererseits führten zu nachstehenden Vereinbarungen:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder Sturz der Verfassungsmäßigen Regierungen schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.
3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen und ihren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemäßigten Organisationsvertretern.
4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schnellige Einführung eines einheitlichen Beamtenrechts.
6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialfierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialfierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialfierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.
7. Aufhebung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Spherheitswehren unangetastet.
8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Land und Stadt. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fähbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Noske und Heine ihr Abschiedsgesuch bereits eingereicht haben.

Ferner erklärten sich die Vertreter der Regierungsparteien bereit, in ihren Fraktionen auf unverzügliche Aufhebung der Schutzhaft der in ihr Befindlichen zu dringen.

Ferner hat die Reichsregierung den Gewerkschaftsorganisationsparteien und den beiden sozialdemokratischen Parteien die bindende Erklärung abgegeben,

1. daß die Truppen in Berlin bis auf die Sperrlinie zurückgezogen werden,
2. der verstärkte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird,

3. daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollen,
4. mit den gewerkschaftlichen Verbänden über die Einreichung der Arbeiter in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werden soll.

Sollte die Regierung die den Gewerkschaften und Parteien gemachten Zusagen nicht einhalten, wird über die erneute Aufnahme des Generalstreiks zu entscheiden sein.

Mit diesen Vereinbarungen in Berlin ist natürlich nicht erfüllt, was die Arbeiter fordern und erwarten können. Sie sind in erster Linie die Retter der Republik. Sie werden, wenn sie einig sind und eine entschlossene Kampfgemeinschaft bilden, diese Zustände erweitern. Vorbedingung dazu ist fester Zusammenhalt, Einmütigkeit im Handeln und Einstellung gegenseitiger Befehdung. Die freigeordneten Arbeiter haben sich als die zuverlässigsten Stützen der Demokratie erwiesen, sie sind die Träger der republikanischen Verfassung. Nur eine Regierung, die mit der Arbeiterkraft regiert, ihren gerechten Forderungen nachgibt und sich scharf gegen rechts wendet, wird von Dauer sein. Die Organisationen der Arbeiter sind sich ihrer Aufgabe, die sie in politischer Hinsicht zu erfüllen haben, bewußt und werden sie durchzusetzen wissen. Sie werden sich durch Widerstände von keiner Seite von ihrem Weg abdrängen lassen. Aber vergessen wir nicht, daß nur durch Strafe und geschlossene Organisation sich der Sieg der Arbeiter erzielen läßt.

## Die Abschlässe Berlins im Steindruckgewerbe.

Durch Zuschriften in der „Solidarität“ wird behauptet, daß die niedrigen Berliner Abschlässe im Steindruckgewerbe den auswärtigen Kollegen in ihrem Aufstieg zur Erringung besserer Löhne hindernd im Wege stehen. Wie lagen die Verhältnisse in Berlin? Nach dem militärischen Zusammenbruch und Einsetzen der Revolution ließ das Organisationsverhältnis, hervorgerufen durch den Krieg, sehr zu wünschen übrig. Es waren leider im Berufe nur etwas mehr als 100 Kollegen und Kolleginnen organisiert. Der Ortsvorstand mußte planmäßig in die Agitation eintreten und hat bis heute die Zahl der organisierten Kollegen auf 1200 gebracht. Nachdem ein einigermaßen festes Fundament vorhanden war, konnte sich die Organisationsleitung Berlins an den Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer mit Forderungen wenden, um regulierend in die Lohnverhältnisse einzugreifen. Die im Gewerbe gezahlten Löhne waren unter aller Würde, was rein objektiv betrachtet auf den Krieg und seine Begleiterscheinungen, wie Sperren der Grenzen usw., zurückzuführen ist; denn die Berliner Industrie war hauptsächlich auf den Verkehr mit dem Auslande angewiesen und mußte nun eine Umstellung ihrer Abgabemöglichkeiten vornehmen. Allerdings war auch die Arbeiterschaft während der Kriegszeit in ihren Forderungen mehr als bescheiden geblieben, die Situation sehr groß, weil die Arbeiter sich der besser lozierenden Kriegsindustrie zugewendet hatten. Im Juni vorigen Jahres wurde nach längerer Verhandlung folgendes Abkommen getroffen: für männliche Arbeiter, Schleifer 75.— Mk., Stoßträger resp. Saalarbeiter 65.— Mk., für Anlegerinnen 17,50 Mk., Bogenfängerinnen 42,50 Mk.; auch wurden verschiedene andere Bestimmungen wie Ferien usw. festgelegt. Das Abkommen galt vom 1. Juli bis 1. Oktober. Im Oktober wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, welcher für Männer 20.— Mk. und für weibliche Hilfsarbeiter 10.— Mk. an Zulagen brachte. Dieser Vertrag mußte leider bis zum 31. März 1920 abgeschlossen werden, weil unsere Schwesterorganisation, der Buchbinder-Verband, durch die Ungunst der Verhältnisse gezwungen, kurz vor uns ein Vertragsverhältnis bis zum 31. März eingehen mußte und wir trotz allem Widerstand darunter zu leiden hatten. Die Verhältnisse in Berlin liegen nun einmal so, daß wir in engerster Familienverwandtschaft mit den Buchbindern in den Vertrieben zu tun haben, auch wollen wir nicht unwahnt lassen, daß das Tarifverhältnis der Gehilfen uns bei jeder Verhandlung unter die Augen fallen wird. In Anbetracht der kolossalen Preissteigerung der Lebensmittel usw. sah sich die Leitung trotz des Vertrages veranlaßt, mit neuen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten, nur nach Verhandlungen wurden folgende Minimallöhne festgesetzt: Schleifer 110.— Mk., Stoßträger resp. Saalarbeiter 105.— Mk., Anlegerinnen 70.— Mk., Bogenfängerinnen 64.— Mk. Ferner müssen wir dazu, daß dieses nur Minimallöhne sind und fast

überall höhere Sätze gezahlt werden. Im Interesse unserer Mitglieder veröffentlichten wir diese Sätze nicht in der „Soli“, um damit paradiesieren zu können. Faktisch steht die Sache also so, daß in einem halben Jahre die Löhne der Männer um 40.— bis 50.— Mark, die der Frauen um 30.— bis 40.— Mk. durch die Organisation aufgebessert wurden. Wir sind nicht der Ansicht, daß diese Löhne ein auskömmliches Existenzminimum darstellen und sind im Gegenteil bemüht, immer wieder Forderungen an das Unternehmertum zu stellen, um so die Lebenshaltung unserer Kollegen einigermaßen menschenwürdig zu gestalten. Die Widerstände sind aber hier sehr groß, weil die tonangebenden Herren des Schutzverbandes in Berlin ihr Domizil haben. Wer diese Herren aus ihrer Vergangenheit kennt, wir erinnern nur an die Bewegungen von 1907 und 1911, als die Organisation bis ans Ende ihrer Kraft ging, um mit diesen Herrschaften den Kampf auszufechten und nach geraumer Zeit diesen als aussichtslos abbrechen mußte nur der kann ermessen, wie schwierig die Verhältnisse liegen. Es kann davon keine Rede sein, daß das Verhalten Berlins die Schuld daran trägt, wenn die Kollegen in der Provinz nicht bessere Resultate erzielt haben. Die gleichen Argumente hören wir bei jeder Verhandlung von den Unternehmern, welche immer behaupten, daß die schlechten Provinzlöhne sie zwingen, nicht höhere Löhne zu zahlen, weil sie gegenüber der Provinzkonkurrenz mit ihren Preisen nicht mehr standhalten können. Diese kapitalistischen Gründe sollten wahrhaftig von Arbeitervertretern nicht als stichhaltig angesehen werden. Es bedarf absolut nicht der Anregung aus Saalfeld, daß die Verbandsleitung der Berliner Verwaltung unter die Arme greifen soll; denn wir sind uns wohl bewußt, was wir im Allgemeininteresse, besonders in Berlin, zu tun und zu lassen haben.

Ortsverwaltung Berlin.

## Aus unseren Zahlstellen.

**Chemnitz.** Unsere Mitgliederzahl ist auf 347 gestiegen, nur in ganz kleinen Betrieben dürften noch wenige Kolleginnen nicht Mitglied sein. Freilich, mit der Lohn- und Teuerungszulagenbewegung können wir nicht zufrieden sein. Gegenüber den vor einem Jahr hier bezahlten Löhnen ist allerdings ein ziemlich Fortschritt zu verzeichnen. Die Löhne waren infolge der schlechten Organisation berartig niedrig und erbärmlich, daß man sich fragen mußte, ob sich denn die Hilfsarbeiterschaft, aber auch die Herren Prinzipale nicht geschämt haben, solche Löhne erwachsenen Menschen auszahlten. Die Kolleginnen erhielten überhaupt keine Bezahlung, sondern nur ein Trinkgeld. Die jetzigen besseren Löhne haben wir dem Mitgliederzuwachs der Zusammenarbeit mit dem Buchbinderverband und auch dem nun in Chemnitz bestehenden Graphischen Kartell zu verdanken. Auch am hiesigen Orte ist nach den Bestimmungen des Graphischen Bundes ein Kartell in Wirksamkeit getreten. Seit etwa zehn Jahren bereits in loser Form bestehend, hat das Graphische Kartell nun entsprechend der vorgeschriebenen Satzungen feste Form erhalten. Bereits in mehreren Sitzungen hat es sich mit organisatorischen Fragen und der Lage der hiesigen graphischen Arbeiterschaft beschäftigt und auch schöne Erfolge erzielt. Infolge der getroffenen Maßnahmen haben Buchbinder und Hilfsarbeiter die der Organisation noch fernstehenden fast reiflos ihren Verbänden zugeführt. Kolleginnen und Kollegen, auch durch unsere Verbandszeitung wollen wir euch einmal zurufen, denkt endlich an eure Pflichten. Ihr wißt, daß die jetzigen Löhne noch vollständig ungenügend sind. Chemnitz, eine der teuersten Städte Deutschlands, zahlt für unsere Branche tatsächlich die niedrigsten Löhne. Diese aufzubessern, muß unbedingt möglich werden. Wir stehen erst am Anfang des begonnenen Werkes. Wollen wir weitere Verbesserungen erreichen so kann das nur geschehen durch festen Zusammenhalt, Entschlossenheit und vor allen Dingen durch Einigkeit. Nicht erlahmen im Kampfe, Treue dem Verband, das muß fester Grundpfeiler von jedem Mitglied sein. Arbeitet in diesem Sinne, dann werden auch wir bald neue größere Erfolge zu verzeichnen haben.

**Dresden.** Generalversammlung am 6. Februar 1920. Kollegin Jahn gedachte zunächst der leibhaftig verstorbenen Mitglieder: des Kollegen Kurt Säger und der Kolleginnen Marta Müller und Hedwig Windisch, wozu sich die Anwesenden erhoben. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Kollege Unrade den Antrag, die Neuwahlen als ersten Punkt vorzunehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Zunächst entstand eine rege Debatte, weil zwei Vorschlagslisten vorhanden waren. Dem Kollegen Herrmann wurde der Vor-

wurf gemacht, daß er eine zweite Liste in den Umlauf gebracht habe, auf der die Kandidaten ihrer politischen Gesinnung wegen ausgewählt waren. Der Angeeschuldigte bestritt dies, und es kam zu sehr erregten Auseinandersetzungen, die schließlich erst durch Antrag auf Schluß der Debatte beendet werden konnten. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Franz Herrmann mit 305 Stimmen, Verwaltungsmitglieder Kollege Kubich mit 220 Stimmen, Seifert mit 178 Stimmen, Franz mit 201 Stimmen, Täubrich mit 222 Stimmen, Mierisch mit 173 Stimmen, Schmidt mit 142 Stimmen, Kolleginnen Ribinger mit 174 Stimmen, Jahn mit 249 Stimmen, Klaus mit 180 Stimmen und Vogel mit 176 Stimmen. Als Ersatzpersonen kommen in Frage Kollege Mäbler mit 138 Stimmen, Drechsel mit 136 Stimmen und Burthardt mit 133 Stimmen. Für die Revisionskommission: Kollegen Thürsch mit 307 Stimmen, Senker mit 288 Stimmen und Kollegin Jahn mit 295 Stimmen. Für das Gewerkschaftskartell: Kollegen Franz mit 254 Stimmen, Täubrich mit 299 Stimmen, Kolleginnen Jahn mit 297 Stimmen und Klaus mit 286 Stimmen. Für das graphische Kartell: Kollegen Kubich mit 211 Stimmen, Mierisch mit 202 Stimmen, Kollegin Jahn mit 271 Stimmen. Als Ersatzmann Kollege Franz mit 185 Stimmen. Hierauf gab Kollege Herrmann den Jahresbericht. Redner betonte, daß das verfloßene Jahr ein Kampf- und Arbeitsjahr war. Eingehend schilderte er die gewaltige Arbeit, die in Dresden wie im Gau, fast ausschließlich von ihm allein geleistet werden mußte. Die Einnahmen betragen: durch Aufnahmen 823,80 Mk., durch Beiträge 44 617,20 Mk., durch Extrabeiträge 66 30 Mk., durch Lokalaufschläge 6225,50 Mk., durch Verwaltungsprozente 2460,12 Mk. An der Hauptvorstand wurden überwiesen 29 345,51 Mk. Die Ausgaben betragen: an Arbeitslose 2536,83 Mk., an Kranke 1927,85 Mk., im Gau 1052,90 Mk., in der Zahlstelle 106,85 Mk., Vertretung im Bureau 492 50 Mk. usw. In allen Positionen sind Mehrausgaben zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 200 männliche und 583 weibliche, zusammen 783 Köpfe und betrug am Jahreschluss 1505. 478 Austritten standen 1261 Eintritte gegenüber. Die Postenbesetzungen sind mit 2320 Ausgangs- und 1377 Eingängen zu verzeichnen. Desgleichen war während des ganzen Jahres eine rege agitatorische und Versammlungstätigkeit. Es fanden 50 Betriebsversammlungen, 15 Mitgliederversammlungen, 10 Vertrauenspersonensitzungen, zwölf Vorstandssitzungen statt. Kollege Thürsch als Revisionsobmann beantragte die Entlastung des Kassierers, was einstimmig erfolgte. In der Diskussion wurde neben beruflichen und organisatorischen Angelegenheiten auch über den Reichstaxif für das Buchdruckgewerbe und dessen Anwendung für Dresden gesprochen. Beschlossen wurde die Anstellung einer Bureauhilfskraft. Einstimmig wurde dem Verbandsvorstand Kollege Täubrich in Vorschlag gebracht. Zur Erhöhung des Lokalaufschlages haben die Verwaltungen sowie die Vertrauenspersonensitzung ihre Genehmigung bereits gegeben. Infolgedessen wurde der Vorschlag gemacht, die 70 Pfennigklasse fallen zu lassen und nur die 4., 5. und 6. Beitragsklasse noch beizubehalten. Diese drei Klassen sollen um je 20 Pf. Lokalaufschlag erhöht werden, so daß vom 1. März ab in den betreffenden Klassen 100, 120 und 150 Pf. Wochenbeitrag zu leisten sind. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Zuletzt wurde noch ein Antrag des Kollegen Seifert angenommen, unsere Drucksachen in der „Volkszeitung“ und „Unabhängigen Volkszeitung“ herstellen zu lassen.

**Duisburg.** Mitgliederversammlung am 15. Februar. Einige Rundschreiben des Vorstandes und Antwortschreiben verschiedener Firmen wurden zur Verlesung gebracht. Kritisiert wurde das Verhalten des hiesigen Prinzipalvorsitzenden Frinks, da derselbe immer noch keine rechte Lust hat, seinen Anlegern das, was in Leipzig vereinbart worden ist zu zahlen. Die ausgesperrten Kollegen werden auch von der Duisburger Kollegenschaft unterstützt werden. Betreffs Lokalaufschlag wurde beschlossen, für die Kollegen 30 Pf., für Kolleginnen 20 Pf. und für Zeitungsbötennen 10 Pf. mehr als bisher für die Drittstufe zu zahlen. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des Kollegen Rippmann zum Ortsgruppenleiter und Kassierer, des Kollegen Müller als Schriftführer, des Kollegen Brügge-mann und der Kollegin Schmidt als Beisitzer, des Kollegen A. Meßmann und der Kollegin Fingerhut als Revisoren. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden gewählt die Kollegen Borch und Kuhl und Kollegin Krenelt; Delegierte zum Graphischen Kartell die Kollegen F. Meßmann, Müller und Brümper. Als Bezirkskassierer und -kassierinnen fungieren Kollege Bongary (Generalanzeiger), Kollegin Gertrud Kamm für Generalanzeiger und Neuborf, wohnt Kammerstr. 10, Kollegin Leotatia Wilk für Bezirk Hochfeld, Hochfeldstr. 95, Kollege

C. Schmidt für die Rhein- und Ruhrzeitung. Den geehrten Kolleginnen und Kollegen ist genügend Gelegenheit geboten, die Beiträge zu entrichten, es sind somit Ausreden nicht am Platze. Die Namen von Restanten werden in Zukunft veröffentlicht. Auch haben die Revisoren die Vollmacht, zeitweilig Mitgliedsbücher zu kontrollieren.

**Freiburg i. Br.** Nach einem ereignis- und arbeitsreichen Jahre hielt die hiesige Zahlstelle im Februar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Jahresrückblick ist zu entnehmen, daß sich die hiesige Mitgliedschaft aus kleinen Anfängen heraus zu einer nahezu reiflichen Organisation zusammengeschlossen hat. Nicht wenig zu diesem Zusammenfluß hat das Verhalten einiger hiesiger Prinzipale beigetragen. Das Entgegenkommen eines kleinen Teils der Unternehmer soll nicht vergessen werden. Demgegenüber darf aber auch das mangelnde soziale Empfinden und Verständnis namentlich der Hof- und Universitätsdruckerei C. A. Wagner, welche einem Teile ihres Personals im Dezember 1919 noch Wochenlöhne von 28 — Mk. (einschließlich Teuerungszulage) bezahlte, nicht unerwähnt bleiben. Es muß hier mit Hilfe des Verbandes gelingen, eine Besserung herbeizuführen. Einen großen Mann in der Generalversammlung nahm die Aussprache über den Reichstarif ein. Nach ausgiebiger, teilweise erregter Debatte über das Verhalten des Deutschen Buchdruckervereins in bezug auf Einführung des Reichstarifs für Hilfsarbeiter wurde namentlich das Verhalten der Prinzipalvertreter einen scharfen Kritik unterzogen und in einer einstimmig gefaßten Entschließung verlangt, daß der Verbandsvorstand nicht unterjocht lassen darf, um die künftige Entlohnung der Hilfsarbeiter den Teuerungszulagen anzupassen. Nach Erlebigen einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die recht anregend verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden mit einem Appell an die Kollegen und Kolleginnen, auch im neuen Jahre treu zum Verbandsverband zu stehen, geschlossen. Hoffen wir, daß es bald gelingen möge, auch den letzten Hilfsarbeiter der Organisation zuzuführen, um noch besser als bisher der Forderung der Hilfsarbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage Nachdruck verleihen zu können.

**Hamburg.** Generalversammlung am 1. und 14. Februar. Der Vorsitzende Kollege Sellge teilte mit, daß leider wieder ein Kollege und eine Kollegin gestorben seien. Zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden. Kollege Sellge gab dann den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß die Hauptarbeit auf dem Gebiete der Erhöhung des Lohnes gelegen habe. Neben dieser ungeheuren Arbeit, die mit der Lohnfrage erliebt worden sei, habe eine ganze Reihe anderer Arbeiten erliebt werden müssen. So haben elf Sitzungen mit den Vorständen der graphischen Berufe, 23 Vorstandssitzungen, sechs Vertrauenspersonensitzungen stattgefunden. Sodann ein ganz Teil Verhandlungssitzungen mit den Prinzipalen, vier Sitzungen vor dem Schlichtungsausschuß. Dann tagte zum erstenmal nach dem Kriege unser Gantag für den Gau 10 in Hamburg. Auf dem Gantage seien Richtlinien für die weitere Arbeit im Gau geschaffen worden, ferner auch über den Reichstarif verhandelt. So ist eine Unmenge Arbeit erliebt worden so daß wir sagen können: „Ein ansehnlich reiches Arbeitsjahr ist vorübergegangen“. Kollege Sellge gab einen eingehenden Bericht über den Reichstarif, in dem er ausführlich auf alle Verhandlungen hinwies und den Mitgliedern von dem Abbruch der Verhandlungen Kenntnis gab. Augenblicklich stehen wir ohne Tarif da. Lohne schlug deswegen vor, in Hamburg sofort an die Prinzipale heranzutreten, um unsere Löhne und Teuerungszulagen zu regeln. Nach kurzer Debatte erhielt der zweite Vorsitzende der Berliner Zahlstelle, Kollege Grohmann, das Wort und besprach ebenfalls in längeren Ausführungen den Reichstarif. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Berliner Kollegenschaft den Reichstarif ablehnt, weil er ihnen Verschlechterungen bringe. Die Konsequenz ihrer Politik gegenüber dem Reichstarif hätte es ihnen möglich gemacht, besondere Abmachungen mit den Berliner Prinzipalen zu treffen. So sei nun ihre Lohnfrage in Berlin gelöst. Er bewachte, daß die Hamburger Kollegenschaft noch davor stehe, ihre Verhältnisse zu regeln. Nach kurzen Ausführungen des Kollegen Sellge über Grohmanns Ausführungen wird folgende Entschließung angenommen:

Die heutige auf besuchte Versammlung der Zahlstelle Hamburg verurteilt das Vorgehen des Deutschen Buchdrucker-Vereins, der durch Verschleppungen die Verhandlungen hinauszog und habe und nun bei den Verhandlungen in der Lohnfrage durch unannehmbare Sätze die Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarifs unmöglich machte.

Die Versammelten beauftragen den Orts- und Verbandsvorstand, sofort alle möglichen Mittel zu ergreifen, um das Hilfspersonal zu geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bringen.

Die Kollegen Schaller und Deja beantragten, daß der Vorstand sich sofort mit den Hamburger Prinzipalen in Verbindung setzen solle, um eine der Zeit entsprechende Lohnregulierung vorzunehmen. Die Abmachungen gab der Kassierer, Kollege Kirchner, wie folgt: für die Zentrale Einnahme 15 940,50 Mk., Ausgabe 7590,72 Mk., an die Hauptkasse gesandt 8349,78 Mk.; für die Dristasse Einnahme 8044,12 Mk., Ausgabe 6148,10 Mk., Ueberschuß 1896,02 Mk. Kollege Herbst monierte die Selbstbewilligung von Gehältern der Angestellten auf einer Gauleiterfeier und bemerkte ferner, daß es eine Ungerechtfertigkeit sei, wenn einzelne Angestellte weniger bekämen. Sellge, Kirchner und Lohse legen die Geschäftsverhältnisse der Versammlung klar. Ein weiterer Antrag des Kollegen Herbst: Beantrage hiermit, daß in der nächsten Versammlung eine Aufstellung der angelegten Verbandsgehälter den Mitgliedern vorgelegt wird, wird von Sellge dahin beantwortet, daß die Hamburger Verwaltung keine Aufklärung geben könne über die Verbandsgehälter, sondern das sei Sache des Verbandsvorstandes in seinen Berichten und des Verbandstages. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Karl Sellge, 2. Vorsitzender Hannes Rohde, 1. Kassierer Karl Kirchner, 2. Kassierer Karl Neese, 1. Schriftführer Bernhard Bornmann, 2. Schriftführer Paul Braß; Beisitzer: Willi Ehlers, Hannes Deja und Lohse. Als Revisor wurde der Kollege K. Mancke gewählt. Sodann erfolgte die Vertagung der Versammlung. — In der Generalversammlung am 14. Februar wurden zuerst zwei Proteste gegen die Wahl erliebt. Dabei nahm Kollege Lohse die ganze Protesterei des Kollegen Herbst einmal unter die Lupe und bewies, daß es nur darauf ankomme, Zwietracht zwischen die Mitglieder und den Vorstand zu säen. Er wies darauf hin, daß die Artikel in der „Volkszeitung“, die von dem Kollegen Herbst geschrieben sind, durchweg Unwahrheiten berichten. Es sei nur darauf abgesehen, die alten Kollegen von ihren Vertrauensposten zu bringen, um sich selber darauf setzen zu können. In letzter Zeit erlaube sich auch der Kollege Herbst, auf das Bureau zu kommen und die Angestellten zu drohen und zu beleidigen. Er, Lohse, habe keine Lust mehr, sich zu jedem Hergeleiteten beleidigen und bedrohen zu lassen. Er befragte die Versammlung, ob er ihr Vertrauen noch besitze, was ihm von allen Seiten bestätigt wurde. Ueber die Proteste wurde zur Tagesordnung übergegangen und dann wurde die Wahl zum Kartell zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Ein Antrag nach dem in Hamburg nur drei Beitragsklassen geführt werden sollen, und zwar bei einem Verdienst bis 60.— Mk. 1.— Mk. Beitrag, von 60 bis 100 Mk. Verdienst 1,50 Mk. und über 100 Mk. Verdienst 2.— Mk. Beitrag wurde einstimmig angenommen. Die erste Klasse käme dann nur noch für Lehrlinge in Frage. Da die Lage der Arbeitslosen und Kranken eine besonders schlechte sei, müsse durch die Einführung der Beitragsklasse versucht werden, für sie besondere Unterstüßungen zu schaffen. Der Kollege Lohse teilte dann noch mit, daß am Montag bei uns im Bureau und am Dienstag und Mittwoch im Gewerkschaftshause Sitzungen für die Betriebsräte stattfinden. Nach einem kurzen Bericht über den bisherigen Verlauf unserer Verhandlungen wurde das Vorgehen des Vorstandes allseitig anerkannt.

**Ludwigshafen a. Rh.** Generalversammlung am 2. Februar 1920. Der erste Vorsitzende Kollege Fröhling gab in seinem Jahresbericht einen Rückblick über die Tätigkeit der Verwaltung im verfloffenen Jahre. Mit Stolz kann die Zahlstelle Ludwigshafen sagen, daß das gesamte Hilfspersonal in sämtlichen Druckereien unserer Organisation angehört. Auch in Neustadt a. d. S., Speyer und Kaiserslautern wurden unsererseits Zahlstellen errichtet. In Ludwigshafen konnten sämtliche Differenzen durch Verhandlungen beseitigt werden. In Neustadt kam es zum Streik des Hilfspersonals, der nach halbtägiger Dauer mit vollem Erfolg beendet war. Kollege Hof erstattete den Massenbericht, welcher als sehr günstig zu bezeichnen ist. Die Einnahmen betragen 2978,90 Mk. die Ausgaben 1382,37 Mk.; an die Hauptkasse wurden 1596,53 Mk. abgeführt. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 305,50 Mk. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ein Antrag, den Lokalbeitrag von 5 Pf. auf 15 Pf. zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. In den Vorstand wurden gewählt: erster Vorsitzender Josef Fröhling, Kassierer Peter Hof, Schriftführer Lorenz Ulrich, Beisitzerinnen Frau Griesemer und Fräulein Gramlich, Revisoren Fräulein Diehl und Fräulein Heilmann. Dele-

gierte im Graphischen Bund sind die Kollegen Fröhling und Hof. Als Kartellbelegierter fungiert Kollege Mich. Lutz. Die Versammlung beschloß nach einem Antrag des Kollegen Lutz, die Marken von 40, 50 und 60 Pf. in Wegfall zu bringen, so daß in Zukunft sich der Beitrag von 70 Pf. bis 1.— Mk. staffelt. Kollege Hof stellte den Antrag, bei dem städtischen Arbeitsamt dahin zu wirken, daß sämtliche Firmen am hiesigen Orte ihr Personal nur von dort zugewiesen erhalten, damit die Zustände bei der Firma Walbfisch beseitigt werden. Diese Firma bringt es fertig, die geleerten Einlegerinnen angeblickt wegen Arbeitsmangel zu entlassen. Wenige Tage nach der Entlassung der Einlegerinnen kann man dann wieder junge, der Organisation nicht angehörige Mädchen (unter dem Deckmantel Lehrmädchen) in genanntem Geschäft sehen. Dies Verhalten der Firma rief allgemeine Erbitterung unter der Kollegenschaft hervor. Zum Schluß der Versammlung fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der die Anwesenden eine den Verhältnissen entsprechende Entlohnung fordern und gegen das Verhalten der Prinzipale bei den Tarifverhandlungen protestieren.

**Mainz.** Die am 19. Februar im „Goldenen Pfing“ abgehaltene Versammlung der Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen nahm nach einem Referat des Kollegen Anton Kals-Frankfurt a. M. Stellung gegen die Scheinmandate des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins bei den Verhandlungen über den Reichstarif. In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß man sich über den Sturmlauf der Provinzprinzipale nicht wundere. Man habe ja Gelegenheit, sich einige Bruchstücke in nächster Nähe zu besichtigen. Werden doch die minimalen Lohnsätze, wie sie für Mainz bestehen, von diesen Herren als der Untergang für das Gewerbe bezeichnet und unter allerlei Ausflüchten umgangen. Nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden Kollegen Müller, die darauf hinausgingen, an dem Tarifgebanke festzuhalten, und der die Mitglieder ersuchte, im Verufe ihre ganze Pflicht zu tun, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gegen die von einigen Mainzer Firmen beliebte Art, die vereinbarten lokalen Lohnsätze zu umgehen, protestiert und beschlossen wurde, diese Betriebe zu meiden. Die Versammlung beschloß noch, die bis zum 31. März d. J. laufenden Abmachungen über das Lohn- und Arbeitsverhältnis mit der Vereinigung Mainzer Buch- und Steinbruckerbesitzer zu kündigen und die Vorbereitungen für neue Verhandlungen zu treffen. Zu bemerken ist noch, daß nun auch die beiden Steinbruckerien (St. Scholz und Schott) die vollen Teuerungszulagen sowie die Brotzulagen, wie sie vom Tarifamt für das Buchdruckgewerbe festgelegt wurden, ausbezahlt haben.

**Norbhausen.** Die organisierten Buchdruckerhilfsarbeiter- und -arbeiterinnen der Zahlstelle Norbhausen beschäftigten sich in einer Versammlung am 20. Februar 1920 mit ihren Lohnverhältnissen. Das Ergebnis war die Annahme einer Resolution, in der zum Ausdruck kam, daß die Hilfsarbeiter in Norbhausen ihre ganze Kraft einsetzen werden, um ihre berechtigten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Der Hauptvorstand wurde ersucht, erneut in Verhandlungen einzutreten und einen Tarif in der Form abzuschließen, wie er den heutigen Verhältnissen entsprechend unbedingt notwendig ist.

**Nürnberg-Fürth.** Mitgliederversammlung am 10. Februar. Kollege Neßling verwies auf die am 1. Februar eingetretene Vertenerung der wichtigsten Lebensmittel. Die Höchstpreise des Tarifamts erläutern, behauerte er, daß nicht allen Arbeitern und Arbeiterinnen der Betrag von 10.— Mk. zugebilligt wurde. Er betonte, daß es sich um keine Lohnfrage, sondern nur um einen Ausgleich für die Vertenerung von Brot und Kartoffeln handelte. Der Widerstand der Prinzipale gegen den Reichstarif gab Kollegen Neßling Gelegenheit, sich in ausführlicher Weise mit dem zwiespältigen Verhalten des Deutschen Buchdruckervereins, seinen Reden und Handlungen zu beschäftigen. Die Prinzipale glauben jedenfalls, durch die Taktik des Finanzschleichens die Mitglieder mitzumachen und zum Austritt aus der Organisation zu veranlassen. Wir werden den Reichstarif weder in Pausen und Bogen annehmen oder ablehnen, sondern sachlich prüfen, was er uns in Bezug auf die Lohnhöhe bringt. Als Druckort mit mehr als zwölfstündigen Tarifverhandlungen sind wir Anhänger des Tarifgedankens und werden uns weder durch die Segnerschaft von rechts und links davon abhalten lassen. Die Tarifgegnerschaft unter den Kollegen, die einer mehr politischen Charakter trägt, liefert nur Wasser auf die Mühlen der Unternehmer. In der darauf folgenden Debatte sprachen sich mit einer Ausnahme alle Redner für den Reichstarif aus. Von einem Kollegen wurde

als Gegenstück zum Deutschen Buchdruckerverein das korrekte Verhalten des Schutzverbandes Deutscher Steinbruckerbesitzer bei der Durchführung des getroffenen Abkommens anerkannt. In einer Resolution, die mit allen gegen sechs Stimmen der „unentwegt Oppositionellen“ Annahme fand, wurde betont, daß das Hilfspersonal bei der ablehnenden Haltung des Deutschen Buchdrucker-Vereins genötigt ist unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse selbständig die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage durchzuführen.

**Oberhausen (Rheinland).** Am 15. Februar fanden sich endlich auch in Oberhausen die Hilfsarbeiterinnen zu einer gemeinsamen Versammlung zusammen um über ihre leider noch mäßige Lage zu beraten. Der Kollege Paleski Vertrauensmann der Duisburger Buchdrucker, setzte sich mit seinem Kollegen an Oak in Verbindung und die Ortsgruppe kam nach einem Referat des Kollegen Lippmann aus Hamborn über „Zweck und Ziele“ unseres Verbandes zustande. (Warum nicht schon früher?) In der darauf folgenden Aussprache kamen die traurigsten Bilder zum Vorschein, die den Oberhausener Prinzipalen wirklich nicht zur Ehre gereichen. Ganz nach Duisburger „Steintampfen Muster“ werden auch in Oberhausen Löhne bezahlt, die zum Leben zu wenig zum Sterben zu viel sind. 31.—, 27.— Mk. und auch sogar noch bei der vielberühmten Jattam bekannten „Ruhwacht“ 25.— Mk. Des Glend's ganzer Hammer packt uns an bei solcher Ausbeutung. Die Ortsgruppe wurde gegründet Vorsitzender und Kassiererin gewählt. Das Material stellte der Kollege Lippmann von der Duisburger Mitgliedschaft. Noch eine solche Versammlung und es werden alle organisiert sein.

**Regensburg.** Generalversammlung am 10. Februar. Die Vorsitzende Kollegin Althoch mußte leider die Mitteilung machen, daß unser Gauleiter H. Lehmeier in letzter Stunde sein Kommen telegraphisch abgesagt habe. Der Vorsitzende der Buchdrucker, Kollege Schindler, übernahm daher das Referat über die neue außertarifliche Zulage sowie über die Verhandlungen der Hilfsarbeiter zum Reichstaxi. Er forderte zum Schluß die Kollegen-schaft auf, durch starkes, einmütiges Zusammenhalten dazu beizutragen, daß der Reichstaxi doch noch zu einem guten, unsere Interessen fördernden Abschluß kommt. Die neuen Teuerungszulagen werden in Regensburg rückwirkend ab 15. Dezember bezahlt. Den Kassenbericht gab Kollegin Althoch. Die Zahlstelle hatte im letzten Jahre sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder hat sich verdoppelt und noch immer kommen neue dazu. Die Vorstandswahl ergab folgende Resultate: Erste Vorsitzende und Kassiererin Kollegin Josefa Althoch zweiter Vorsitzender Kollege Schubert, Schriftführer Kollege Vogl, Revisoren Kollegin Disting und Kollege Bräu, Kartelldelegierte Therese Wittmann. Kollegin Althoch dankte zum Schluß dem Kollegen Schindler für seine gütige Mitwirkung und appellierte an alle Anwesenden zu der Verwaltung auch feiner Vertrauen zu haben und nicht zu entnütigen, wenn Zwischenfälle eintreten; denn die Verbandsleitung wird immer tun, was in ihren Kräften steht.

**Stuttgart.** Generalversammlung am 10. Februar 1920. Kollege Werner gab den Geschäfts- und Kassenbericht. In seinen Ausführungen konnte er der Versammlung darlegen daß auch das verfloßene Jahr ein Jahr des Aufstieges und Erfolges war. Durch verschiedene Teuerungszulagen wurden die Löhne aufgebessert, so daß sie sich jetzt obwohl sie mit der noch immer steigenden Verteuerung aller Bedarfs- und Wirtschaftsartikel nicht Schritt halten konnten, einigermaßen den Verhältnissen anpassen. Auch in geschäftlicher Hinsicht stellte das vergangene Jahr große Anforderungen an die Geschäftsleitung. Es fanden elf Versammlungen, zwölf Vorstandswahl, vier Vertrauenspersonensitzungen, drei der Tarifkommission und drei Sitzungen des Graphischen Kartells statt, außerdem acht Geschäftsversammlungen. Die Mitgliederzahl ist wieder erheblich gestiegen. In Stuttgart haben wir das Tausend überschritten. Es werden wohl nicht mehr viel Unorganisierte am Orte sein. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen daß 772 Aufnahmen mit einem Betrag von 570,40 Mk. zu verzeichnen sind. Beitragsmarken wurden um Beträge von 32.432,40 Mark verkauft. An die Hauptkasse wurden 18.488,88 Mark abgeführt. Die Ausgaben für Arbeitslose betragen 120,75 Mk. und für Kranke 1683,15 Mk. Die Aufnahme- und Beitragszahlen haben sich gegen das Vorjahr verdoppelt. Es darf behauptet werden, daß das verfloßene Jahr das arbeitsreichste unserer Zahlstelle war. Bücher und Masse wurden von den Revisoren in bester Ordnung gefunden und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Kollege Werner nahm dann Gelegenheit, in längeren Ausführungen der Versammlung klarzulegen, wie notwendig es ist, einen Ortsbeamten in Stuttgart anzustellen, da er die gewaltige Arbeit in Stuttgart und im Gau nicht mehr allein leisten könnte. Nachdem der Vorstandsvorsitzende der Zahlstelle Stuttgart das Recht, die Anstellung vorzunehmen zugestimmt hat, wurde Kollege Nojerke mit Stimmenmehrheit von der Versammlung gewählt. Die Vorstandswahlen ergaben: 1. Vorsitzender Kollege Werner. Kassierer Kollege Nojerke; Beisitzer die Kollegen Mail, Kopp, Spingler und Mantschenbach sowie die Kolleginnen Burr Herrmann Mayer, Raspe, Mayer und Möbel. Der 2. Vorsitzende und der Schriftführer werden in der nächsten Ausschußsitzung aus den Reihen der Beisitzer gewählt. Revisoren die Kollegen Walz und S-immering. Gewerkschaftskartell: die Kollegen Werner Nojerke und Braun. Graphisches Kartell: Kollegen Werner, Bauer und Kollegen Joob, Schiedsgericht: Kollegen Werner, Nojerke, Bauer und Weiser sowie Kollegin Maurer. Tarifkommission wie bisher. Im Verschiedenen kam Kollege Werner auf die im Gange befindliche Lohnbewegung der Buchdrucker zu sprechen. Die Gehilfen haben eine 100 prozentige Lohnerböschung gefordert, die von den Prinzipalen abgelehnt wurde. Ihnen wurde eine Abschlagszahlung auf die kommende Zulage von 15.— Mk. für Ledige und 20.— Mk. für Verheiratete ab 1. Februar bewilligt. Der Hilfsarbeiterchaft wurde eine Abschlagszahlung auf die neue Zulage für Ledige von 10.— Mk. und für Verheiratete von 15.— Mk., ebenfalls ab 1. Februar zahlbar, zugestanden. Die Buchdrucker werden in einer am 11. Februar stattfindenden Versammlung dazu Stellung nehmen. In der auf diese Mitteilungen folgenden Diskussion wurde von einigen Rednern verlangt daß wir uns sofort mit den Buchdruckern solidarisch erklären und ebenfalls in den Streik eintreten sollten. Kollege Werner legte der Versammlung dar, daß von der Leitung des Buchdruckerverbandes eine solche Stellungnahme noch nicht verlangt worden sei, und es müßte einer solchen Stellungnahme doch auch eine ähnliche Forderung vorausgegangen sein. Auf alle Fälle ist erst der Ausgang der Buchdrucker-Versammlung abzuwarten und nach deren Ausfall unsere Stellungnahme festzulegen. Nach langer Debatte schloß sich die Versammlung mit übergroßer Mehrheit diesem Standpunkt an.

## Rundschau.

**Die Betriebsmittel der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.** Die Generalversammlung der deutschen Großeinkaufsgesellschaft im Juni 1919 beschloß die Erhöhung des Stammkapitals von zehn Millionen Mark auf 15 Millionen Mark. Laut Bekanntmachung des Hamburger Amtsgerichts ist diese Erhöhung, nunmehr das Stammkapital, in das Handelsregister eingetragen worden. Mit diesen erhöhten Betriebsmitteln geht die Großeinkaufsgesellschaft an ihre Aufgaben heran, die groß und wichtig sind. Möchten aber auch alle Verbraucher die Notwendigkeit einsehen, die Erfüllung dieser Aufgaben möglich zu machen, indem sie die konsumgenossenschaftliche Bedarfsdeckung reiflos benutzen.

Eine glänzende technische Leistung können die „Schweizer Graphischen Mitteilungen“ (St. Gallen) melden. Im April 1916 hatte sich die russische Fürstin Galizyn vorgenommen, an 20.000 russische Kriegsgefangene in österreichischen Lagern auf Ostern eine russische Bibel zu verteilen. Da indessen damals weder von der britischen Bibelgesellschaft noch von anderer Seite russische Bibeln erhältlich waren, so trat die Dame mit schweizerischen Firmen in Verbindung, um die Bibeln hier herstellen zu lassen. Nach sorgfältiger Ueberprüfung aller in Betracht fallenden Verhältnisse übernahm die „Hallwag“ in Bern die Herstellung der 20.000 russischen Bibeln, und zwar binnen zwölf Arbeitstagen, bei einer Konventionalkaufstrafe von 500 Fr. täglich im Falle der Ueberfrühtung des Termines. Die Bibel umfaßte 816 Seiten in Taschenformat, die in dem gleichen Zeitraum gedruckt und in Ganzleinen gebunden, also fix und fertig hergestellt werden mußten. Dabei existierte gar nicht anderes als ein gebrauchtes Exemplar als Vorlage, weder Satz noch Papier war vorhanden. Die Papierfabrik lieferte binnen 24 Stunden das notwendige Papier. Inzwischen hatte die „Hallwag“ in ihrer Maschinenanstalt bereits mit der photochemigraphischen Uebertragung des Satzes begonnen. Bei Eintreffen des Papiers konnten sofort mehrere große Normen in Druck genommen werden. Fünf Tage nach Auftragserteilung liefen auf zwölf Pressen in durchgehendem Schichtenbetrieb sämtliche Normen,

gelangten von den Druckmaschinen weg sofort auf die automatischen Falz- und Heftmaschinen, am sechsten Tage nach Aufgabe der Bestellung lagen bereits die ersten Exemplare der russischen Bibel fix und fertig vor. Die bestellte Auflage, oder genauer 20.096 Exemplare rollten nach elf mal vierundzwanzig Stunden, also mit einem Tag Vorrückung vor der vereinbarten Frist, in 78 Kisten verpackt, ihrem Bestimmungsort entgegen.

**Deutschlands Menschenverluste im Weltkriege.** Dazu schreibt der „Zimmerer“: Unser langjähriger Mitarbeiter Adolf Thiele hat sich während des Krieges der dankbaren Aufgabe unterzogen, das Material über die Verluste des deutschen Heeres und der Marine zu sammeln, und die Ergebnisse einem begrenzten Personenkreise zugänglich zu machen. Er veröffentlicht nunmehr die Schlußübersicht über die Verlustlisten. Hiernach sind für das Landheer 1551, für die Marine 173 Verlustlisten herausgegeben worden. An Toten hat das deutsche Heer insgesamt 1.718.246 Menschen zu beklagen, von denen auf die Mannschaften 1.655.553 und auf die Offiziere 62.698 Mann entfielen. Die Zahl der Verwundeten beträgt 4.234.107, hierunter 116.015 Offiziere. Als Gefangene oder Vermisste endlich verzeichnen die Verlustlisten insgesamt 1.073.619 Mann, die wiederum in 1.050.516 Mannschaften und Unteroffiziere sowie 23.104 Offiziere sich teilen. Der Gesamtverlust des Landheeres beträgt also 7.025.972 Menschen.

Naturngemäß sind die Verlustzahlen der Marine absolut wesentlich geringer, immerhin aber, relativ genommen, erschreckend hoch. Als tot werden hier 24.112 Mannschaften und Unteroffiziere, als verwundet 29.830 und als gefangen 11.654 Marineangehörige bezeichnet; hinzu kommen die in neutralen Staaten Internierten, an Krankheit Gestorbenen, so daß die Gesamtverlustziffer der Marine 78.342 Menschenleben beträgt.

Zurzeit ist es noch nicht möglich, eine vergleichende Uebersicht, insbesondere mit den Verlusten der gegnerischen Länder, zu geben.

## Adressentafel.

### Neue Zahlstellen:

**Kulmbach.** Vorsitzende und Kassierer: Johanna Perl, Grabenstr. 20.

**Sulzbach i. d. Oberpfalz.** Vorsitzender und Kassierer: Johann Windisch, Rahm 373.

## Nachruf.

Am 26 Februar verstarb nach kurzem Krankenlager unser wertiges Mitglied

### Wili Sablowski

im Alter von 19 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Zahlstelle Königsberg i. Pr.

## Nachruf.

Nach kurzer schwerer Krankheit starb am 8 März 1920 unsere wertige Kollegin

### Fr. Marie Wilhelm's

(i. Sa. Lindener Kolonanziger)

im Alter von 24 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Zahlstelle Hannover.

## Nachruf.

In der Nacht vom 10. zum 11. März 1920 entschlief nach kurzem, schweren Krankenlager unser wertiger Kollege, der Kassierer

### Wilhelm Grosse.

Wir haben in ihm ein Mitglied verloren, welches voll und ganz seine Pflicht in den Dienst des Verbandes gestellt hat. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten von der

Zahlstelle Magdeburg.